

Frage Nr. 1325 von Herrn BALTER (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zum Klimaplan der Wallonie

Der "Plan Air Climat Energie" (PACE 2030) der Wallonie ist ein ehrgeiziger Aktionsplan, der darauf abzielt, den CO₂-Ausstoß in der Wallonie zu reduzieren und die Energiewende voranzutreiben. Es gibt jedoch viele Herausforderungen und Schwierigkeiten, die bei der Umsetzung dieses Plans zu überwinden sind.

Der Plan erfordert beträchtliche Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienzmaßnahmen, die möglicherweise nicht vollständig durch die öffentliche Hand finanziert werden können. Hier gilt anzumerken, dass die wallonische Region sowie der Föderalstaat hochverschuldet sind und die belgische Steuer- und Abgabelast bereits zu den höchsten in ganz Europa gehört. Darüber hinaus erfordert dies ein enormes Investitionsvolumen, welches wiederum erst mal umgesetzt werden muss. Das ist bei dem aktuellen Facharbeitermangel ebenfalls eine große Herausforderung. Denn anzumerken gilt, dass man die erforderlichen technischen Fähigkeiten und Kenntnisse innehaben muss, um dies effizient durchführen zu können.

Die größte Umwälzung des wallonischen Klimaplan dürfte das Verbot von Brennkessel für Heizöl und Kohle in Neubauten (ab 1. März 2025) und für Altbauten (ab Anfang 2026) sein. Angesichts der hohen Wohneigentumsquote in der Wallonie und in der DG birgt dieses Verbot ein hohes Maß an sozialem und politischem Zündstoff. Bürger, welche ein Leben lang gespart, ihr Haus abbezahlt haben und dies als Altersvorsorge ansehen, werden dadurch erneut in erheblichem Maße zur Kasse gebeten.

Die ostbelgische Regionalabgeordnete Christine Mael machte diesbezüglich im GE-Interview auf einige spezifische Probleme der DG aufmerksam, kritisierte den „nicht zu Ende gedachten grünen Aktionismus“ des Plans und mahnte an, dass Klimapolitik in keinem Fall dazu führen darf, dass Menschen ihr Wohneigentum nicht mehr halten können.¹

Die Vivant-Fraktion steht Plänen generell offen gegenüber, die eine Verbesserung des Mensch- Umwelt-Verbundes fördern. Nur erkennt man in diesem Plan viel Aktionismus und kein gut durchdachtes Gesamtpaket, so dass viele Bürger unsicher und vor den Kopf gestoßen zurückbleiben, gerade da im Süden der DG in einem Großteil der Haushalte mit Öl geheizt wird.

In Ihrer Funktion als zuständiger Minister für Raumordnung und Wohnungswesen, wodurch Sie sicher mit dieser Thematik konfrontiert werden, lauten mein Fragen an Sie wie folgt:

1. Wie stehen Sie zum Klimaplan der Wallonie, insbesondere bezüglich des Themas Wohnungsbau?
2. Gab es diesbezüglich bereits Gespräche mit der Regierung der wallonischen Region?
3. Wo sehen Sie die größten technischen und ökonomischen Herausforderungen für die DG und für die Wohneigentümer und Gewerbetreibende in der DG?

¹ <https://www.grenzecho.net/89484/artikel/2023-04-28/klimaplan-der-wallonie-auf-dem-prufstand-kritik-auch-aus-der-mehrheit>

Antwort des Ministers:

Bereits vor einem Monat habe ich mich im Rahmen einer Regierungskontrolle zum Luft-Klima-Energie-Plan der Wallonischen Region geäußert und die Herausforderungen definiert.

Vor dem Hintergrund endlicher Ressourcen und der Umweltbelastung unseres Planeten müssen wir alle einen Beitrag leisten. Die Energiekrise hat die Notwendigkeit eines Umdenkens und Handelns verschärft. Es geht schließlich um das Überleben unserer Wirtschaft und die Sicherung des Wohlstands der Bevölkerung. Auch deshalb werden wir einen Beitrag leisten müssen. Die Frage ist, wie die Verantwortung in unserer Gesellschaft verteilt wird. Die Ziele, die man sich vornimmt, müssen sozialverträglich und realistisch sein.

Man kann wohl kaum von der 75-jährigen Rentnerin in Recht erwarten, dass sie 2026 eine Wärmepumpe einbauen lässt, wenn die Ölheizung den Geist aufgibt. Allein für die Wärmepumpe müsste sie mehr als 20.000 Euro aufbringen. Damit die Wärmepumpe nicht zur Stromkostenfalle wird, müssten Dach und Wände isoliert werden. Das kann noch mal 20.000 bis 60.000 Euro kosten. Wer soll die Kosten für die Wärmewende tragen, wenn der kleine Bürger nicht zahlen kann? Heißt das für die besagte Rentnerin, dass sie ihr Haus verkaufen muss, sollte die Ölheizung ausfallen?

Viele Menschen wird dieser Plan, insbesondere im ländlichen Raum, unter Druck setzen und deshalb muss man das Problem klar benennen und auch besondere Lösungen anbieten, anstatt die Verantwortung pauschal zu verteilen. Es fehlt an Ausnahmen für bestimmte Zielgruppen und an Finanzierungsinstrumente, die über Zuschüsse hinausgehen. Zumindest befristet sollte man über eine Senkung der Steuern auf Arbeiten, Einregistrierungskosten und Grundsteuer nachdenken. Es muss steuerliche Anreize geben, anstatt nur Verbote auszusprechen. Nur auf diese Art wird man die Belastung der privaten Haushalte senken und die Bevölkerung bei der Wärmewende mitnehmen.

Neben der Finanzierung stellen sich außerdem die Fragen nach dem Material und den Fachkräften. Die Produktion von Wärmepumpen wird derzeit kräftig angekurbelt. Das wird sicherlich auch die Produktionspreise senken. Dennoch muss ausreichend Material für die Wärmewende verfügbar sein. Das gilt auch für die Fachkräfte. Es fehlen bereits heute Handwerker, um Sanierungs- und Heizungsinstallationsarbeiten durchzuführen.

Der Zeitplan muss realistisch sein.

Diese Meinung teilt auch die Baukonföderation Embuild. Wenn man keinen realistischen Zeitplan aufstellt, dann droht der Luft-Klima-Energie-Plan zum „Heiße-Luft-Plan“ zu werden!

Neben der Frage der Finanzen, des Materials und der Fachkräfte stellt sich für mich auch die Frage nach der inhaltlichen Kohärenz zwischen den verschiedenen politischen Instanzen. Ich denke hier an das Zusammenspiel zwischen den europäischen Vorgaben und deren Umsetzung in nationales und regionales Recht. Hier braucht es meiner Meinung nach auch eine enge Abstimmung zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Denn je nachdem wie die Wallonische Region die Politik in Energiefragen gestaltet, hat das einen Einfluss auf unsere Instrumente und somit auf die Autonomie der DG. Ich stelle mir daher sogar die Frage, ob die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht für alle Energiefragen, für die die Wallonische Region aktuell zuständig ist, die Verantwortung übernehmen sollte, um eine integrierte Energie- und Klimaschutzpolitik betreiben zu können. Die Zusammenarbeit beim Luft-Klima-Energie-Plan gestaltet sich aktuell noch schwierig.

Auf mehrere Anfragen unsererseits beim Plan berücksichtigt zu werden, hat man bis heute im Kabinett des zuständigen Energieministers nicht reagiert. Die Konzertierung der DG in diesem Projekt halten wir allerdings weiterhin für absolut notwendig. Wir werden daher auf eine Beteiligung bestehen und haben erneut in dieser Angelegenheit interveniert.